



## Verbraucherinformation: Aigners Placebo-Gesetz

Verbraucherinformation: Aigners Placebo-Gesetz  
Zur heutigen Abstimmung über die Änderung des Lebensmittelrechts erklärt die verbraucherpolitische Sprecherin Elvira Drobinski-Weiß: Aigners Vorschlag zur Änderung des Lebensmittelrechts ist ein Placebo. Er soll die öffentliche Debatte beruhigen, ohne wirklich zu wirken. Statt klare und eindeutige Regelungen für vollständige Verbraucherinformation vorzulegen, legt Aigner die Latte zu hoch. Wir fordern eine vollständige Offenlegung von behördlichen Untersuchungsergebnissen. Nur wenn Täuscher und Betrüger Angst haben, öffentlich genannt zu werden, wird sich etwas ändern. Den jetzt vorgelegten Vorschlag Aigners hat Schwarz-Gelb noch 2011 abgeschafft, weil die Vorschrift schon damals nicht gewirkt hat. Wenn sie jetzt eine Nennung von Namen ankündigt, täuscht sie die Öffentlichkeit. Die Behörden werden bei Betrügereien die Namen von Pferdefleischprodukten oder Hühnerbaronen weiter kaum nennen dürfen, weil Aigner die Hürden für die Information der Verbraucher viel zu hoch legt: Die Behörden sollen informieren, anstatt es zu müssen, es muss ein "nicht unerheblicher Verstoß" vorliegen, und die Öffentlichkeit darf nur informiert werden, wenn die Belange der Betroffenen mit den Interessen der Öffentlichkeit abgewogen wurden. Zudem müssen die Behörden auch noch ein Verschulden nachweisen können. Damit wird klar: Namen und Produkte können die Behörden mit dem Gesetz in der Regel nicht nennen. Damit kuscht Aigner vor der Lobby. Statt selber etwas zu tun, zeigt sie mit dem Finger auf die Lebensmittelkontrolleure vor Ort. Das ist feige. Anstatt eine klares und praktikables Gesetz vorzulegen, lässt sie die Behörden vor Ort mit komplizierten Regelungen, Abwägungsklauseln und unbestimmten Rechtsbegriffen allein. Der Vorschlag ist bereits die vierte Änderung an dem betreffenden Paragraphen und sie wird wieder nicht ausreichen. Nach einem jahrelangen Änderungs-marathon fügt sie dem Paragraphen 40 des Lebens- und Futtermittelgesetzbuchs einen weiteren Flicker hinzu, anstatt den porösen Reifen komplett auszuwechseln und die Behörden endlich dazu zu verpflichten, alle Rechtsverstöße zu veröffentlichen. Die Vollzugsbehörden in den Ländern werden durch die Formulierungen im Gesetz weiter verunsichert. Das verhindert einen transparenten Umgang mit Lebensmittelkrisen. Wir haben ein umfassendes Paket und konkrete Änderungsvorschläge vorgelegt, was Aigner jetzt tun muss, damit die Öffentlichkeit über Lug und Trug informiert wird. SPD Bundesgeschäftsstelle Wilhelmstraße 141 10963 Berlin Deutschland Telefon: 030 25991 0 Telefax: 030 28090-507 URL: <http://www.spd.de>

## Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

## Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)  
Zukunftsgerecht in Europa  
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....